

Datum: 13.02.2008

Immobilienkrise: Politiker und Notenbanken mitverantwortlich

Im Zuge der Immobilienkrise wird von politischer Seite der Ruf nach mehr Kontrolle laut. Der Frankfurter Finance Newsletter ging der Frage nach, ob tatsächlich die Privatwirtschaft besser kontrolliert werden sollte oder ob ganz im Gegenteil die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, also eine **Überdehnung der Staatshaushalte** und das Einwirken vor allem der US-Notenbank, zu derartigen Auswüchsen führen.

Aktionäre und Anleger sehen eine Notwendigkeit der besseren Kontrolle von Politikern, wie eine nichtrepräsentative **Umfrage** bei den Lesern des Frankfurter Finance Newsletter ergeben hat. Immerhin über 40 % der Teilnehmer glauben, dass vor allem Politiker selbst besser kontrolliert werden sollten. Etwa 60 % der Teilnehmer sehen mehr die Unternehmensvorstände in der Pflicht. Die Meinung über Verantwortung der Immobilienkrise ist bei den Aktionären und Investoren, die in Deutschland momentan am meisten an den Folgen der Immobilienkrise zu leiden haben, damit alles andere als einhellig. Ein nicht zu unterschätzender Anteil der Aktionäre und Investoren will, dass Politiker insbesondere auf eine ausgeglichene Haushaltspolitik achten, um Liquiditätsblasen wie diese zu verhindern.

Der erfolgreiche US-Investor und Währungsexperte **Jim Rogers**, der auf Grund der momentanen wirtschaftspolitischen Großwetterlage zu einer einer Flucht in Anlagen wie Rohstoffe und bestimmte Währungen rät, erklärte Anfang Februar in Frankfurt auf der **Com Advice Convention** gegenüber dem Auditorium: „Amerikanische Politiker begehen momentan große wirtschaftspolitische Fehler.“ Der US-Dollar werde weiter abwerten. Der Euro gehöre jedoch ebenfalls nicht zu seinen Favoriten. Die Schuld an der Immobilienkrise trügen Politiker und Zentralbankchefs und weniger die Unternehmensvorstände.